

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at

SPÖ

Aktuelle

3. April 2009 • Nr. 13

Gastkommentar von design. FSG-Vorsitzenden
Wolfgang Katzian



Unser Auftrag:

**Um jeden Arbeits-
platz kämpfen**

Die SPÖ versteht sich als Partei der ArbeitnehmerInnen. Seit ihrem Bestehen vertritt sie vordringlich die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt abzumildern und mit aller Kraft gegen Arbeitslosigkeit anzukämpfen, ist daher eine Herausforderung, der sich die Sozialdemokratie stellen muss und stellt – mit einem gewaltigen Konjunkturpaket zur Ankurbelung der Wirtschaft, mit der Steuerentlastung zur Stärkung der Kaufkraft und natürlich mit ganz konkreten Arbeitsmarkt- und Jugendbeschäftigungsprogrammen.

Im Rahmen der bundesweiten Frühjahrskampagne der SPÖ wendet sich Bundeskanzler Werner Faymann per Internet-Video direkt an die Menschen. Kernthema seiner Botschaft: Die SPÖ steht auf der Seite der ArbeitnehmerInnen und nicht auf der Seite der Banken und Konzerne – gerade in Zeiten der Verunsicherung sind unsere sozialdemokratischen Werte aktueller denn je. Die Kampagne wird auch eine weitere Netz-Premiere bieten: In Form von BürgerInnenengesprächen werden Interessierte die Möglichkeit haben, gemeinsam mit dem Bundeskanzler wichtige Fragen zu erörtern – und das auch online!

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit greifen	4
Wirtschaftskrise: Vergleich Österreich-Europa	6
SPÖ-Frühjahrskampagne	7
Gastkommentar von Wolfgang Katzian	14

Absage an Nulllohnrunde und Lohnverzicht

Ein klares „Nein“ gibt es von SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter zu Nulllohnrunde und Lohnverzicht der ArbeitnehmerInnen. Beides wurde ja kürzlich wieder von der Industriellenvereinigung vorgeschlagen. „Die arbeitende Bevölkerung hat die Krise weder verschuldet noch herbeigeführt, die Forderung, die Zeche dafür zu bezahlen, wird strikt zurückgewiesen“, so Kräuter, der zudem betonte, dass die Einkommenssituation der Bevölkerung aus Gerechtigkeits-, Fairness- und konjunkturpolitischen Gründen nicht verschlechtert werden dürfe. ♦

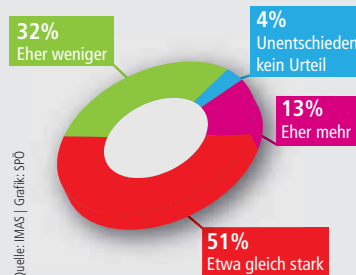


SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter

OS

THEMEN DER WOCHE

Österreich und die Wirtschaftskrise



Glauben Sie, dass Österreich die Auswirkungen dieser Krise eher mehr oder eher weniger zu spüren bekommt als die meisten anderen westlichen Länder?

Optimismus in der Krise

Die ÖsterreicherInnen sind trotz Krise optimistisch – das zeigt eine IMAS-Umfrage, wonach 32 Prozent der Befragten glauben, dass Österreich die Auswirkungen eherwenigerspüren wird als andere westliche Länder. Nur 13 Prozent glauben, dass Österreich stärker von der Krise betroffen sein wird. Die Hälfte geht davon aus, dass es keinen Unterschied zu anderen Länder gibt. ♦

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:

Sozialdemokratische Werte – aktueller denn je?

Bundeskanzler Werner Faymann hat in seinem Internet-Aufruf "Zusammenhalten in schwierigen Zeiten" ausführlich zu den Herausforderungen, vor denen wir derzeit stehen, Stellung genommen. Faymann hat klargestellt, dass der Wert der Solidarität sowie das Miteinander und Zusammenhalten jetzt neues und ganz besonderes Gewicht erhalten haben. Diskutieren Sie auf www.mitreden.spoe.at darüber, warum gerade in Zeiten der Weltwirtschaftskrise, der steigenden Arbeitslosigkeit und der daraus resultierenden Verunsicherung die sozialdemokratischen Werte aktueller denn je sind.



FSG

Harald Segall, Vorsitzender der Personalvertretung der Wiener Polizei, weist die Vorwürfe von Ministerin Fekter zurück.

Empörung über Fekter-Aussagen

Harald Segall, Vorsitzender der Personalvertretung der Wiener Polizei, ist empört über die Aussagen von Innenministerin Fekter über die Wiener Polizei. Die Polizei der Bundeshauptstadt habe nicht die nötige Effizienz oder die Reform sei noch nicht in den Köpfen angekommen, vermutete Fekter kürzlich in einer Tageszeitung. Segall spricht von einer „völlig verfehlten Politik“, die nach Strasser von Fekter fortgeführt wird. „Die Innenministerin soll uns endlich vernünftig arbeiten lassen, uns das nötige Personal zu Verfügung stellen und nicht ständig auf uns herumtrampeln“, stellte Segall klar. ♦

Zitat der Woche

„Nicht der Pass, sondern die Sprachkenntnis ist wichtig.“

Wiens Bürgermeister Michael Häupl zu den aktuellen Zahlen, wonach Wien österreichweit den höchsten Anteil an SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache verzeichnet.

Solidarität von Managern gefordert

In Zeiten der Krise muss jeder seinen Beitrag leisten, das machte die Politik bereits mehrmals deutlich. Staatssekretär Andreas Schieder fordert dies nun auch von den Managern ein. Auf Bonuszahlungen und Gehaltsforderungen sollte daher freiwillig von Managern verzichtet werden. „Es ist absolut nicht verständlich, wenn Manager, die Staatsgelder nehmen, um ihre Firmen zu retten, dann hohe Bonuszahlungen für sich festlegen“, so Schieder. Darüber hinaus sollte man für die Zeit nach der Krise darüber nachdenken, Boni an Nachhaltigkeit und Beschäftigung zu knüpfen. ♦



OS

Staatssekretär
Andreas Schieder



Jeder einzelne Job zählt!

Die von skrupellosen Spekulanten ausgelöste Finanz- und Wirtschaftskrise erfasst nun endgültig Österreich. Auf eines können sich die ArbeitnehmerInnen in dieser Situation felsenfest verlassen: Die SPÖ steht unverbrüchlich auf ihrer Seite.



Zimmer

Die SPÖ unter Bundeskanzler Werner Faymann kämpft auch weiterhin um jeden Arbeitsplatz und um jede Lehrstelle.

Für uns SozialdemokratInnen gibt es einen historischen Auftrag: Wir sind jene politische Kraft, die seit ihrer Gründung vor 120 Jahren aktiv Politik für die arbeitenden Menschen macht – bei uns in Österreich, aber auch in Europa. Gerade jetzt können die Menschen darauf zählen, dass sie in uns einen verlässlichen Partner für jeden Arbeitsplatz, jede Lehrstelle und jeden Ausbildungsplatz haben. Wir wissen: Hinter jeder anonymen Zahl in der Arbeitslosenstatistik steht ein Schicksal, steht eine Familie. Wir stellen uns der Situation und zeigen glasklar das Versagen der Verantwortlichen auf. Das alleine ist aber noch zu wenig. Wir werden auch nicht zulassen, dass auf den Trümmern des neoliberalen Wirtschaftssystems wieder dieselben Strukturen aufgebaut werden. Wir kämpfen jetzt um jeden Arbeitsplatz und arbeiten hin auf eine neue wirtschaftliche Weltordnung, die von den Werten der Sozialdemokratie geprägt ist und in der es

wirksame Mechanismen zur Finanzmarktregulierung gibt. Im Mittelpunkt der Wirtschaft hat der einzelne Mensch zu stehen und nicht die Interessen einiger Weniger, die keine Skrupel haben, für den schnellen Gewinn an der Börse einige tausend Arbeitsplätze zu vernichten. Die Menschen arbeiten, nicht das Geld.

„Wir arbeiten hin auf eine neue wirtschaftliche Weltordnung, die von den Werten der Sozialdemokratie geprägt ist.“

Die Positionen sind klar verteilt. Wir arbeiten tagtäglich dafür, dass die Menschen möglichst unbeschadet die gegenwärtige Krise bewältigen können, während andere nichts aus dem gegenwärtigen Fiasko gelernt haben und weiterhin ihre Spielchen der

sogenannten freien Marktwirtschaft treiben. Wenn heute von Konzernchefs Nulllohnstunden und Lohnverzicht gefordert wird, dann gibt es eine klare Antwort: „Nicht mit uns! Eure Krise wird nicht von den Werktätigen bezahlt!“ Sie wird nicht von jenen bezahlt, die die letzten Jahre ohnehin schon genug unter den Kapitalisten gelitten und durch profitgetriebene Rationalisierungen ohnehin schon um ihren Job gefürchtet haben. Die SPÖ unter Bundeskanzler Werner Faymann kämpft auch weiterhin um jeden Arbeitsplatz und um jede Lehrstelle.

Wir nehmen den Kampf mit der FPÖ auf, die außer billigen Parolen aus der Mottenkiste der Vergangenheit nichts zu bieten hat. Keine Konzepte, keine Lö-

sungen, keine Verantwortung. Durch das rasche und entschlossene Handeln unseres Regierungsteams steht Österreich weit besser da als andere Länder in Europa. 1 Milliarde Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik und 50.000 zusätzliche Jobs durch Investitionen zur Förderung der Bauwirtschaft zeigen bereits Wirkung. Die Arbeitslosigkeit ist im Vergleich zum Februar um 31.000 Personen gesunken. Das Frühlingserwachen im Bau ist auch den schnell umgesetzten Maßnahmen der Regierung zu verdanken. Jeder Lehrlingsplatz wird vom Staat gefördert, jenem Staat, den konservative Kräfte noch vor kurzer Zeit am liebsten auf seine Kernaufgaben reduziert hätten. Im Jahr 2009 werden 12.000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Mutig und solidarisch werden wir gemeinsam dieser Krise erfolgreich begegnen, denn die Sozialdemokratie ist dort, wo sie hingehört: Seite an Seite mit den Menschen. ♦

ARBEITSMARKT

Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit greifen

Die SPÖ-geführte Regierung setzt zahlreiche Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und hat die größte Jugendbeschäftigungsoffensive aller Zeiten beschlossen.



Sozialminister Rudolf Hundstorfer will dafür sorgen, dass Jugendliche zu Ausbildung und Arbeit kommen.

Erste Früchte tragen die guten und richtigen Arbeitsmarkt-Maßnahmen der Regierung: So gibt es eine Art Frühlingserwachen. Denn seit Februar ist die Zahl der Arbeitslosen in Österreich um 30.568 zurückgegangen, erklärte Sozialminister Rudolf Hundstorfer, der vergangenen Mittwoch gemeinsam mit AMS-Vorstand Johannes Kopf die Arbeitsmarktdaten für den Monat März präsentierte. Damit gehört Österreich zu den wenigen Ländern in Europa, in denen die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vormonat gesunken ist und dies zeigt, dass das Engagement der SPÖ-geführten Regierung greift.

500 Mio. Euro für Jugendbeschäftigungsoffensive

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich aber noch nicht entspannt und die aktuelle wirtschaftliche Situation wirkt sich auch negativ auf die Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen aus. Die Bundesregierung setzt

„Diese ersten Erfolge der Maßnahme zeigen, dass die ‚Aktion Zukunft Jugend‘ greift!“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

daher die größte jemals beschlossene Jugendbeschäftigungsoffensive um und stellt dafür das Rekordbudget von 500 Millionen Euro zur Verfügung.

Mehr finanzielle Mittel für Lehrstellenförderung

Bessere Qualifikationen bedeuten bessere Chancen am Arbeitsmarkt. Aus diesem Grund hat die Regierung auch das finanzielle Volumen für Lehrstellenförderung um 23,4 Mio. auf insgesamt 357,1 Mio. Euro aufgestockt. Lehrlinge, die aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage keine Ausbildung in einem Betrieb finden, werden in überbetrieblichen Lehrwerkstätten ausgebildet.

Öffentlicher Dienst geht mit gutem Beispiel voran

Der Öffentliche Dienst geht im Bereich der Jugendbeschäftigung mit gutem Beispiel voran. Beispielsweise werden in Wien 2.500 neue KindergartenpädagogInnen benötigt, die Polizei nimmt 1.000 neue PolizistInnen auf und das AMS bildet 2.000 Arbeitslose zu Pflegekräften aus, denen nach erfolgreicher Ausbildung ein Arbeitsplatz garantiert wird. ♦

ZUM THEMA

Größte Jugendbeschäftigungsoffensive aller Zeiten

Zwei Maßnahmen sind es vor allem, die zusammen die mit rund 500 Mio. Euro dotierte größte Jugendbeschäftigungsoffensive aller Zeiten bilden:

» „Aktion Zukunft Jugend“

Die Bundesregierung garantiert allen jugendlichen Arbeitslosen zwischen 19 und 24 Jahren innerhalb von sechs Monaten ein Angebot für einen Arbeitsplatz, eine zielgerichtete Schulung oder eine geförderte Beschäftigung. Finanzvolumen der „Aktion Zukunft Jugend“: 120 Mio. Euro. Seit dem Start-

schuss des Programms Ende Februar konnten bereits 13.285 Jugendliche in Beschäftigung gebracht werden und 7.604 junge Menschen haben eine Aus- oder Weiterbildung begonnen.

» Lehrstellenförderung

Die Ausbildungsgarantie für Jugendliche bis 18 Jahre wird konsequent weitergeführt. Überbetriebliche Ausbildungsplätze werden auf mindestens 12.000 aufgestockt. Das Finanzvolumen für die Lehrstellenförderung wird um 23,4 Millionen Euro auf insgesamt 357,1 Millionen Euro erhöht.

BESCHÄFTIGUNG

Bessere Lösungen auf allen Ebenen

Einer Wirtschaftskrise wie der aktuellen muss ein umfassender Aktionsplan entgegengehalten werden. Dass dies aber ein wohlüberlegtes Miteinander aller politischen Ebenen sein muss, ist für die SPÖ selbstverständlich.



Mit der Arbeitsmarktmilliarde steht mehr Geld als jemals zuvor für zielgerichtete Maßnahmen bereit und mit den Programmen zur Qualifizierung von Fachkräften wird dem Fachkräftemangel wirkungsvoll begegnet.

Bund- und Länderstrukturen ziehen an einem Strang und präsentieren ihre Wege, die Arbeitslosigkeit während der vielzitierten Krise niedrig zu halten und um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Aufgrund der international angespannten Lage leitete die Bundesregierung Rekordinvestitionen im Infrastrukturbereich ein, die diese Woche den Ministerrat passierten und rund 50.000 Arbeitsplätze sichern. Für die Belegung von kommunalen Betrieben soll schon bald die von Kanzler Faymann angeregte Verordnung, die Gemeinden von der Ausschreibung für Bauprojekte bis 100.000 Euro zu befreien, sorgen. Auch die von Finanzstaatssekretär Andreas Schieder formulierten Pläne, mit Hilfe der staatlichen Kommunalkredit wieder Impulse für Investitionen zu setzen, tragen sozialdemokratische Handschrift.

Offensiven in den Ländern

Dass vor allem in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit die öffentliche Hand der Republik besser ist, als die unsichere des

Marktes, wird etwa auch in der Steiermark so gesehen. Ein Beispiel hierfür ist das innovative steirische Projekt „JobConnect“, das mit Hilfe von Steuergeldern vor allem die Beschäftigung junger Menschen fördern soll. Auch die oberösterreichische SPÖ fordert mehr Arbeitsplätze für Junge, die vom Land OÖ durch die Verdoppelung der Angestellten in den landeseigenen Betrieben verwirklicht werden könnte.

Soziale Sicherheit hat Vorrang

Dass es gerade jetzt darauf ankommt, sich nicht auseinanderdividieren zu lassen, sondern solidarisch zu bleiben, machte der Vorsitzende des Pensionistenverbandes, Karl Blecha, klar. Er betonte, dass die soziale Sicherheit in unserem Land nicht ausgehöhlt werden darf. Weder das Gesundheits-, noch das Pensionssystem eignen sich demnach für erneute marktwirtschaftliche Experimente. Den internationalen Vergleich braucht Österreich nicht zu scheuen. Die Prognosen sind bei uns bei weitem nicht so finster, wie in anderen Tei-

len Europas oder der Welt (siehe S.6.). Auch die vorgezogene Steuerentlastung, die ExpertInnen zufolge 12.000 Arbeitsplätze sichert und vor allem den mittleren und unteren Einkommen zugute kommt, wird enorm zur Kaufkraftsteigerung beitragen.

Dennoch gibt es noch keinen Grund zum Nachlassen, die Krise hat uns noch nicht mit voller Wucht erwischt: Die Prognosen vom WIFO und IHS mussten beide nach unten korrigiert werden. Der Wirtschaftsexperte Karl Aiginger hält die Maßnahmen der Regierung für geeignet, um Österreich vor größerem Schaden zu bewahren. Er mahnt allerdings gleichzeitig die Konzentration auf Ausbildung und Förderung von Jugendlichen ein. Denn bei AkademikerInnen und MaturantInnen liegt die Arbeitslosenquote bei 3 Prozent, bei ungelernen Kräften hingegen bei 14 Prozent. Für SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits ein weiterer von zahlreichen Gründen, die von Minister Hundstorfer gesetzten Maßnahmen mit Entschlossenheit und Hochdruck umzusetzen. Es müsse angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit jetzt oberstes Gebot sein, alles zu tun, um die Arbeitslosigkeit so niedrig wie möglich zu halten und neue Arbeitsplätze zu schaffen. ♦



Spöla

„Bedenklich ist der erneute Anstieg der Lehrstellen-suchenden. Auf diese Gruppe ist ein besonderes Augenmerk zu

legen, den Jugendlichen muss das Gefühl vermittelt werden, sie werden gebraucht.“

Renate Csörgits, SPÖ-Sozialsprecherin

Österreich gut aufgestellt

Österreich ist aufgrund der guten Wirtschaftsleistungen sowie des raschen Handelns der Regierung weniger stark von der Krise betroffen als andere Länder der EU.



Evelyn Regner ist die Nummer zwei der SPÖ-Liste für die EU-Wahl. Sie wird sich in der EU besonders für die ArbeitnehmerInnen stark machen.

Reimer
reichs Wirtschaft in den letzten fünf Jahren über dem EU-Durchschnitt hinaus anwuchs und auch die Flexibilität des Arbeitsmarktes wirkt sich in der jetzigen Situation positiv aus.

Arbeitsmarktinitiativen wirken

Leider bleibt auch der heimische Arbeitsmarkt von den Wirtschaftseinbrüchen nicht verschont. Die Arbeitslosenzahlen steigen, und bis 2010 rechnet man mit einer Arbeitslosenrate von bis zu 8,2 Prozent.

Doch das engagierte Handeln der Bundesregierung, z.B. die Arbeitsmarktmilliarde, bewahrt Österreich auch hier vor dem Schlimmsten. Initiativen wie Kurzarbeit Neu, Qualifizierungsmaßnahmen, „Aktion Zukunft Jugend“ etc. lassen die durchschnittliche Jahresarbeitslosigkeit wesentlich weniger steil als in anderen Ländern steigen.

Soziale EU dringend gefordert

Soziale Maßnahmen dürfen jedoch nicht weiterhin „nur“ nationale Angelegenheiten sein. So wie man im Kampf gegen die Wirtschaftskrise EU-weit koordiniert vorgeht, sollte dies immer besonders im sozialen Bereich geschehen. Die Zweitgereichte auf der SPÖ-Liste für die EU-Wahl, Evelyn Regner, fordert daher eine soziale Fortschrittsklausel, „die klarstellt, dass der EU-Binnenmarkt keinen Vorrang gegenüber den sozialen Grundrechten hat“. Regner weiter: „Dieses soziale Sicherheitsnetz, verbunden mit genügend guten Arbeitsplätzen, ist der beste Schutz vor Armut.“ Damit spricht sie sich auch klar dagegen aus, dass die Lasten der Finanzkrise „auf jenen Schultern abgeladen werden, die dafür nicht verantwortlich sind“. Man erwartet sich jetzt eine entschlossene, zielgerichtete und koordinierte EU-Politik. „Diese Politik muss die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise vor allem auf den Arbeitsmärkten bestmöglich abfedern und zugleich rasch aus der Krise führen“, so die EU-Spitzenkandidatin, die sich im EU-Parlament künftig für die Einführung europäischer Mindeststandards einsetzen will. ♦

Die Welt steckt in der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren. Rund um den Globus haben die Staaten – in der EU ebenso wie in den USA – alle Hände voll zu tun, um die Krise so gut wie möglich abzufan-

„Diese Politik muss die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise vor allem auf den Arbeitsmärkten bestmöglich abfedern und zugleich rasch aus der Krise führen.“

Evelyn Regner, EU-Kandidatin der SPÖ

gen. Obwohl die Krise auch Österreich bereits erfasst hat, ist unser Land besser aufgestellt als die anderen EU-Staaten. Dieser Meinung sind auch die österreichischen Forschungsinstitute. Während für Italien eine Schrumpfrate von knapp minus vier Prozent (IHS) und für Deutschland ein Minus von mehr als vier Prozent (IHS) prognostiziert wird, geht man in Österreich von einem BIP-Rückgang von 2,2 bis 2,7 Prozent aus. Damit liegt Österreich unter dem EU-Durchschnitt von drei Prozent Schrumpfung. Und bereits im zweiten Halbjahr soll sich, laut Wifo und IHS, die Wirtschaft wieder stabilisieren.

Rasches Handeln der Regierung

„Dank des entschiedenen Handelns der Bundesregierung sind wir mit einer wesentlich geringeren Schrumpfung der Wirtschaft konfrontiert als die EU-Zone bzw. Deutschland“, macht SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter deutlich. Durch die Steuerentlastung wird die Kaufkraft gestärkt und die Wirtschaft angekurbelt. Ein weiterer Vorteil für Österreich sind laut Ökonomen die Konjunkturpakete mit einem Volumen von 1,5 Prozent der Wirtschaftsleistung. Dazu kommt, dass Öster-

BIP-Prognose 2009

	Deutschland	-4,25%
	Italien	-3,75%
	Frankreich	-3,5%
	Ungarn	-3,0%
	EU-27	-3,25%
	Österreich	-2,7%

Quelle: IHS | Grafik: SPÖ



Per Internet-Video wendet sich Bundeskanzler Werner Faymann direkt an die Bevölkerung. Tenor: Die SPÖ steht auf der Seite der arbeitenden Menschen.

KAMPAGNE

Mit der SPÖ um die Arbeitsplätze kämpfen

Die SPÖ kommt aus der Arbeiterbewegung und ist auch heute noch die Vertreterin der arbeitenden Menschen in Österreich. Mit der Frühjahrskampagne der SPÖ wird die Kernkompetenz der Sozialdemokratie thematisiert: Das Eintreten für die Interessen der ArbeitnehmerInnen und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Kampagne macht klar: Die SPÖ steht auf der Seite der arbeitenden Menschen, nicht auf der Seite der Banken und Konzerne. Die SPÖ hat in der Bundesregierung rasch und entschlossen die richtigen Maßnahmen zur Bekämpfung der schlimmsten Auswirkungen der Krise gesetzt. Durch die Steuerentlastung werden kleine und mittlere Einkommen spürbar entlastet. Und das Konjunkturpaket setzt die richtigen Akzente, um die Auswirkungen der Krise auf die arbeitenden Menschen so gering wie möglich zu halten. Die bundesweite Frühjahrskampagne startet am 2. April. Die

„Unser Gegner ist die Arbeitslosigkeit.“

**Bundeskanzler
Werner Faymann**

SPÖ setzt dabei nicht nur auf klassische Werbemittel wie Plakate und Inserate. Auf Orts- und Bezirksebene werden auch Aktionstage fixer Bestandteil der Informationsoffensive sein. Als absolute Premiere in der heimischen politischen Landschaft kann das BürgerInnengespräch bezeichnet werden, bei dem Interessierte die Möglichkeit haben werden, gemeinsam mit Bundeskanzler Werner Faymann wichtige Fragen zu erörtern. Und neu ist auch: Die Diskussion wird live auf **www.spoe.at** übertragen, damit auch die UserInnen die Möglichkeit haben, sich an der Diskussion zu beteiligen. ♦

INFO

Aufruf des Bundeskanzlers: Zusammenhalt in schwierigen Zeiten.

Mit Werner Faymann wendet sich erstmals ein Bundeskanzler exklusiv über das Internet direkt an die Menschen in Österreich.

In seinem Aufruf nimmt Bundeskanzler Werner Faymann ausführlich zu den Herausforderungen, vor denen wir derzeit stehen, Stellung. So betont der Bundeskanzler, dass gerade in Zeiten der Verunsicherung die sozialdemokratischen Werte aktueller sind denn je. Faymann stellt in seiner Rede auch eines nachdrücklich klar: Wir werden nicht wieder dasselbe System aufbauen, das zu diesem Zusammenbruch geführt hat. Die reale Wirtschaft hat im Vordergrund zu stehen und nicht Spekulationen und Wetten auf steigende oder fallende Gewinne. Das Video ist auf **www.spoe.at** abrufbar.



N
d
k

D

**Mit der SPÖ um
die Arbeitsplätze
kämpfen.**

er Kanzler auf Eurer Seite



SPÖ

Sozialdemokratische Grundprinzipien sind wieder gefordert

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter legte bei einer Diskussionsveranstaltung im RI die SPÖ-Positionen zu den Herausforderungen der Wirtschaftskrise dar.



Die SPÖ will den Menschen auch in Krisenzeiten Perspektiven bieten. (V.l.: SPÖ-Bgf Günther Kräuter, Barbara Rosenberg (RI) und Ökonom Herbert Walther.)

Das beste Immunsystem für die Wirtschaft ist ein gut funktionierendes sozialdemokratisches Staatswesen. Davon ist Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter überzeugt. Eine Diskussionsveranstaltung des Renner-Institutes (RI) zum Thema „Zweifel an der Ökonomie – Vertrauen in die Politik. Ökonomische Krise als politischer Auftrag“ war dem Bundesgeschäftsführer eine hervorragende Gelegenheit, die Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung der letzten Wochen und Monate darzulegen. Kräuter führte aus, dass vor allem Entwicklungen von außen zur aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise

beitrugen. „Jetzt ist es wichtig, sozialdemokratische Grundprinzipien im Interesse der arbeitenden Menschen zu verwirklichen – am besten am 7. Juni bei den Wahlen zum Europäischen Parlament“, betonte Kräuter.

„Sozialdemokratische Grundprinzipien im Interesse der arbeitenden Menschen verwirklichen.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter

An der von Barbara Rosenberg (RI) moderierten Diskussion nahmen weiters der Ökonom Herbert Walther (Universität Wien) und Günther Ogris (Meinungsforscher, SORA) teil. ♦

BILDUNG

86 Prozent wollen rasche Schulreformen

Ministerin Claudia Schmied betont, dass „unser Bildungssystem Tempo im Umsetzen der Reformen braucht“. Das wollen laut IFES auch 86 Prozent der Bevölkerung. Besonders notwendig ist derzeit die Intensivierung der Sprachförderung. Das zeigen die alarmierenden Resultate der



Bildungsreformen: „Bis zum 20. April muss es zu einer Entscheidung kommen“, so Bildungsministerin Claudia Schmied.

Sprachstandsfeststellung genauso wie die Zahlen über SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache. All das bestätigt Schmied in ihrer Forderung nach raschen Reformen. Klar ist: Wenn die Strukturreformen (Verlagerung der LehrerInnen-Arbeitszeit) nicht kommen, können die nötigen Reformen nicht finanziert werden. Das hat Schmied auch in der vierten Verhandlungsrunde mit den LehrervertreterInnen betont. Nach diesem konstruktiven Gespräch wird jetzt geprüft, ob mit dem Vorschlag der Lehrgewerkschaft (Altersteilzeit) der Budgetbedarf gedeckt werden kann. ♦

VERKEHR

Bures fördert neue Verkehrstechnologien

Verkehrsministerin Doris Bures gab den Startschuss für die Erstellung eines nationalen Aktionsplans zur Verkehrstelematik. „Bei der Umsetzung dieser Technologien können wir mit unserer starken heimischen Verkehrstechnikindustrie punkten, österreichische Lösungen forcieren und so Arbeitsplätze sichern. Ziel der neuen Technologien soll sein, dass wir sie so einsetzen, dass man schneller, sicherer und umwelt-schonender von A nach B kommen kann“, erklärt Bures. Durch den Aktionsplan sollen vorhandene Kapazitäten auf Straße und Schiene besser genutzt, die Sicherheit im Straßenverkehr erhöht und die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver gemacht werden. Mit einem Budgetrahmen von fünf bis sieben Millionen Euro sollen neue Entwicklungen ganz gezielt gefördert werden. ♦



HBF/Siodic

Doris Bures forciert neue Verkehrstechnologien (im Bild u.a. mit Siemens-Generaldirektorin Brigitte Ederer).

Roman

Andalusisches Requiem

Ein neuer spannender Fall für Inspektor Javier Falcón, der ihm letztlich zu entgleiten droht.

Während Inspektor Javier Falcón versucht, die genauen Hintergründe eines blutigen terroristischen Anschlags in Sevilla aufzuklären, wird er zu einem tödlichen Autounfall gerufen. Im Wagen des Toten befinden sich siebeneinhalb Millionen Euro und mehrere DVDs, auf denen hochrangige Männer aus Wirtschaft und Politik beim Sex mit Prostituierten zu sehen sind. Falcón findet schnell heraus, dass es sich bei dem Toten um Wasili Lukjanov handelt, einen russischen Mafioso,

der im Begriff war, innerhalb der Mafia die Seiten zu wechseln und zum Paten Juri Donstov überzulaufen. Diesem werden enge Verbindungen zur sogenannten katholischen Verschwörung nachgesagt, die Falcón als Drahtzieher hinter dem Attentat vermutet. Als Falcón erfährt, dass einige seiner marokkanischen Verwandten in die Angelegenheit verwickelt sind, droht ihm der Fall zu entgleiten. Und sein Chef, Comissario Elvira, denkt laut über Falcóns Suspendierung nach. ♦

Politik

1989 - Sturz der Diktaturen

Stackl zeigt auf, wie viele bis heute wenig bekannte Personen beteiligt waren, die Diktaturen ins Wanken zu bringen.

Wer ist für die historische Wende verantwortlich, bei der 1989 die Diktaturen stürzten und Millionen Menschen erstmals demokratische Freiheit erleben konnten? Michail Gorbatschow und Ronald Reagan, womöglich auch noch Margaret Thatcher und Johannes Paul II, der aus Polen stammende Papst? Erhard Stackl zeigt, wie viele bis heute wenige bekannte Hauptdarsteller es damals gab, die mit Mut und Intelligenz die Diktatoren ins Wanken brachten. Er hat etliche von ihnen

kennengelernt, als er zwischen 1979 und 1989 für das Nachrichtenmagazin „profil“ aus Polen, Ungarn, und der CSSR, aber auch aus Argentinien und Chile berichtete. Die Bürgerrechtler und Rebellen, die er im Untergrund traf, wurden später Botschafter oder Minister, manche sogar Präsidenten ihrer Länder. Das Buch zeichnet ein plastisches Bild der damaligen Entwicklung: spannend, informativ und – was es erstaunlicherweise auch gibt, wenn der Galgen nicht weit ist – mit Humor. ♦

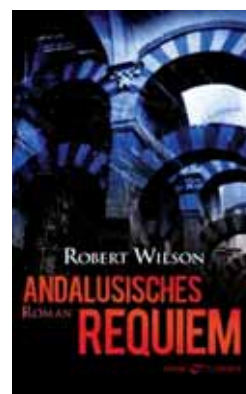
Sachbuch

Alles über das Parlament

Ein neues Buch beschreibt anschaulich und leicht verständlich, was genau im Parlament passiert.

„Und was macht eigentlich das Parlament?“ – genau dieser Frage geht Christoph Konrath nach, der als Jurist in der Parlamentsdirektion arbeitet und daher als genauer Kenner der parlamentarischen Abläufe gilt. Entstanden ist das Buch aus Diskussionen und Begegnungen mit Kindern und Jugendlichen im Parlament. Das Buch möchte aus der Sicht eines „Insiders“ Politik nicht in der gewohnten Weise erklären oder gar über sie klagen.

Vielmehr geht es um eine eingängige Beschreibung der parlamentarischen Abläufe. Und: Statt zu klagen, möchte das Buch für Parlamentarismus und Demokratie werben, ohne sie zu idealisieren. Die einzelnen Kapitel, die sich beispielsweise mit den Regeln im Parlament, seinen Aufgaben, aber auch mit dem Weg der Gesetzgebung beschäftigen, sind dabei für Jugendliche und für neugierige Erwachsene gleichermaßen lesenswert. ♦

☐ Stk.


Robert Wilson:
Andalusisches Requiem.
Page & Turner Verlag,
München 2009;
475 S., 20,60 €

☐ Stk.


Erhard Stackl:
1989 - Sturz der Diktaturen.
Czernin Verlag,
Wien 2009;
303 S., 21,90 €

☐ Stk.


Christoph Konrath:
Und was macht eigentlich das Parlament?
Verlag Czernin,
Wien 2009;
100 S., 14,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Zu bestellen

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



ORF

SPÖ-Konzept zur Rettung des ORF

Bundeskanzler Werner Faymann legt ein 3-Punkte Programm für die erfolgreiche Zukunft des Staatssenders vor.



APA/Schlager

Der in die Kritik geratene ORF war Grund für eine Nationalrats-Sondersitzung (BK Werner Faymann und Medienstaatssekretär Josef Ostermayer stehen den Abgeordneten Rede und Antwort).

In der NR-Sondersitzung betonte Bundeskanzler Werner Faymann, dass es bis Jahresende ein neues ORF-Gesetz geben muss. Wichtig ist allerdings, sich genügend Zeit zu nehmen, um keine voreiligen Schritte zu machen. Der öffentlich-

rechtliche Rundfunk benötigt ein wohl überlegtes Sanierungskonzept. Entschlossen, aber nicht übereilt lautet deshalb die Devise. Voraussetzung für die Objektivität des Senders ist eine für die Zukunft gesicherte finanzielle Grundlage.

Unsinnig ist die Forderung, gar keine Stiftungsräte von der Regierung zu entsenden, was heißen würde, dass die SteuerzahlerInnen kein Mitspracherecht mehr haben. ♦

ZUM THEMA

3 Punkte für die ORF Sanierung:

1. Um eine parteiliche Einflussnahme zu verhindern, sollen keine VertreterInnen von Parteien in den Aufsichtsrat entsandt werden.
2. Der Aufsichtsrat soll verkleinert und damit leistungsfähiger werden.
3. Eine Teilrefundierung der Gebührenbefreiung soll ein gesundes wirtschaftliches Fundament des Unternehmens gewährleisten.

SOZIALISTISCHE JUGEND

„Systemfehler Kapitalismus aufzeigen!“

SJÖ präsentiert Aktivitäten der nächsten Monate: Kapitalismuskritik und Antifaschismusarbeit.



Mit über 200 jungen FunktionärInnen aus ganz Österreich veranstaltete die Sozialistische Jugend zum Start ihrer Jahreskampagne „Systemfehler“ am 28./29. März einen Jugendkongress. Im Mittelpunkt des Programms standen die EU-Wahlen sowie die Vorstellung der Schwerpunkte der kommenden Monate.



200 FunktionärInnen trafen sich, um Kampagnen und Schwerpunkte zu diskutieren.

„Im Gegensatz zu den Rechten nehmen wir die Anliegen der Jugendlichen ernst, indem wir an sie herantreten und über ihre Lebenssituation befragen“

Wolfgang Moitzi, SJÖ-Vorsitzender

menden Monate. SJ-Vorsitzender Wolfgang Moitzi erklärte: „Die Wirtschaftskrise ist längst bei uns Jugendlichen angekommen. Die Rechten versuchen nun verstärkt die

Sorgen und Ängste der Jugendlichen zu instrumentalisieren und mit ihrem Rassismus zu überlagern. Dem werden wir mit einer breiten Gegenoffensive Paroli bieten.“ Die Höhepunkte hierbei sind am 30. April der „Lichterzug gegen Rechts“ in Linz und der Fackelzug in Wien. Anfang Mai startet die

Jahreskampagne „Systemfehler“ mit der größten Jugendumfrage Österreichs (ca. 50.000 Jugendliche sollen befragt werden). Moitzi betonte beim Kongress, dass die wichtigsten Herausforderungen für die SJ die steigende Jugendarbeitslosigkeit und die Bildungsreform sein werden. ♦

NIEDERÖSTERREICH

Investieren statt Spekulieren!



NiederösterreicherInnen hätten um 500 Euro pro Kopf entlastet werden können – wären nicht 800 Millionen Euro von VP-Landesrat Sobotka verspielt worden.

Die 800 Mio. Euro, die von VP-Landesrat Sobotka an Steuergeldern verspekuliert wurden, entsprechen einem Betrag von 500 Euro pro Kopf in NÖ. „Die NiederösterreicherInnen haben ein Recht zu wissen, wo ihre Steuergelder hinfließen. Anstatt mit Mio. zu spekulieren, ist es an der Zeit, in die Gemeinden zu investieren“, so SPÖ-NÖ-Landeshauptmannstellvertreter Sepp Leitner anlässlich der letzten FIBEG-Sitzung (Finanzierungsbeteiligungsgesellschaft des Landes NÖ) Ende März. „Meine schlimmsten Befürchtungen sind bestätigt: Der Verlust der veranlagten NÖ Wohnbauförderungsmittel beträgt mit Jahresabschluss 2008 satte 800 Millionen Euro“, berichtet der SP-NÖ-



SPNÖ-Chef Sepp Leitner kämpft für die Finanzierung von wichtigen Projekten in den Regionen.

Chef. Von 4,4 Milliarden Euro im Jänner 2008 seien die Mittel auf 3,6 Milliarden Euro abgestürzt. Grund: hochriskante Spekulationen vom zuständigen ÖVP-Landesrat. Statt auf Warnungen zu hören, die von allen politischen Seiten ge-

kommen sind, betrachtete Sobotka den Landtagsbeschluss zur Veranlagung der Wohnbaumittel aus dem Jahr 2001 als Freibrief. Leitner: „Anstatt auf seriöse Veranlagungsmodelle umzusteigen, wurde munter weiter auf hochriskante Spekulationen an den Weltbörsen gesetzt. Sobotka ist als Trittbrettfahrer in den Börsencrash mitgerast!“

Rasche Hilfe für Gemeinden

Während die ÖVP-NÖ-Granden versuchen diesen Skandal unter den Tisch fallen zu lassen, gibt sich die SPÖ-NÖ Mühe, Konzepte für Konjunkturpakete zur Finanzierung von Projekten in den Regionen auf den Tisch zu legen. „Es ist Zeit, dass die Gemeinden von den Millionen Euros aus den veranlagten Wohnbaugeldern profitieren.“ Leitner kämpft weiter dafür, 500 Millionen Euro aus der Wohnbauanlage in einen NÖ Zukunftsfonds zu investieren. ♦

STEIERMARK

Start für „Koralmtunnel 1“



Das vor kurzem gestartete 100-Millionen-Infrastrukturprojekt „Koralmtunnel 1“ sichert rund 1.000 Arbeitsplätze.

Das Bau-Projekt „Koralmtunnel 1“ ist zusammen mit dem zweiröhrigen Koralmtunnel das Kernstück der Koralmbahn. Infrastrukturministerin Doris Bures betonte beim Spatenstich, dass diese Bahnstrecke „eine nachhaltige Investition für künftige Generationen ist“. Der steirische Landes-



Frankl

hauptmann Franz Voves hob hervor: „Durch das Projekt ‚Koralmtunnel 1‘ werden rund 1.000 Beschäftigte Arbeit finden.“ Das Gesamtprojekt Koralmbahn schafft und sichert u.a. durch die Aufwertung des Wirtschaftsstandortes ca. 45.000 Arbeitsplätze, ist Voves überzeugt. ♦

BM Doris Bures und LH Franz Voves beim „Koralmtunnel 1“-Spatenstich.

OBERÖSTERREICH

Jetzt gegen Kreditklemme handeln!



Ein KMU-Haftungsprogramm des Landes zur Bekämpfung der Kreditklemme will die SPÖ OÖ.

In den rund 26.000 oberösterreichischen Klein- und Mittelbetrieben (KMU) sind etwa 280.000 Menschen beschäftigt. „Viele dieser Arbeitsplätze sind in der Wirtschaftskrise gefährdet“, sagt der OÖ SPÖ-Vorsitzende und LH-Stv. Erich Haider. Viele der Unternehmen stehen vor dem Problem, dass sie trotz guter Auftragslage keine akzeptablen Kredite zur Finanzierung von Investitionen oder Betriebsmittel erhalten. „Ich schlage daher vor, 300 Mio. Euro den KMU in Form von Kredithaftungen zur Verfügung zu stellen“, fordert Haider alle Parteien in dieser Angelegenheit zum Schulterschluss auf. ♦



Erich Haider will ein 300 Mio.-KMU-Sofortpaket für den Erhalt der Arbeitsplätze.



Den sozialen Auswirkungen der Krise gegensteuern!

Wie rasch wir die Krise überwinden können, wird auch davon abhängen, wie gut es gelingt, durch Konjunkturpakete den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu bremsen.



Arbeitslose laufen Gefahr, sozial abzurutschen. Das rasche Umsetzen der Mindestsicherung und Maßnahmen zur Armutsvermeidung sind jetzt besonders wichtig.

„Bei allen staatlichen Garantien und Haftungsübernahmen ist jedoch immer darauf zu achten, welchen Nutzen die ArbeitnehmerInnen daraus ziehen.“

Täglich erreichen uns neue Negativmeldungen. Die Wirtschaft stagniert und die Arbeitslosigkeit steigt scheinbar fast ungebremst. Niemand traut sich heute zu sagen, wann wir die Talsohle der Krise erreicht haben werden. Trotz des großzügigen staatlichen Schutzschirms vergeben die Banken weiterhin nur sehr zögerlich Kredite und der Sozialbericht 2007/2008 zeichnet ein finsternes Bild über die wachsende Armutsgefährdung.

Erste wichtige Schritte zur Konjunkturbelebung wurden bereits im Nationalrat

beschlossen. Die einzelnen Maßnahmen laufen aber nur zögerlich an und werden meiner Meinung nach auch nicht ausreichen. Weitere Schritte müssen daher folgen – wie etwa langfristige Investitionen in Aus- und Weiterbildung sowie Wissenschaft und Forschung. Konjunkturpolitisch sinnvoll, weil arbeitsintensiv ist es, in Bildungsbauten, Kinderbetreuungseinrichtungen sowie in Pflege und Betreuung zu investieren.

Selbst das beste Konjunkturpaket wird allerdings nicht verhindern können, dass die Arbeitslosigkeit weiter steigt. Damit Menschen, die ihre Arbeit verlieren, nicht in die Armut abgleiten, müssen gerade in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit die Lücken im sozialen Netz geschlossen werden. Dafür muss rasch die bereits paktierte Mindestsicherung eingeführt werden und auch bei den Leistungen aus der Arbeitslosen-

versicherung brauchen wir Maßnahmen zur Armutsvermeidung.

Darüber hinaus braucht es durchdachte Maßnahmen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehört etwa die Vermittlung gefragter Qualifikationen.

Wenn die Menschen wieder Vertrauen in die Wirtschaft gewinnen sollen, setzt das auch angemessene Realloohnerhöhungen voraus. Längst ertönen von unterschiedlichen Seiten die Rufe nach Lohnverzicht und Nulllohnrouden. Volkswirtschaftlich ist das allerdings Unsinn. Denn in der Krise die ohnehin schwächelnde Binnennachfrage weiter zu dämpfen, bringt sicher keine De-eskalation, sondern eher eine Verschärfung der Krise. Damit würden wir nur eine Abwärtsspirale in Gang setzen: Wer weniger verdient, kann weniger ausgeben, was wiederum weitere Arbeitsplätze gefährdet.

Wenig überraschend ertönen dieser Tage auch täglich neue Rufe nach dem Retter Staat. Der Staat soll hier helfen und dort haften. Aber wer ist der Staat, der all das tun soll? Kommt nicht letztlich das staatliche Geld aus den Taschen der SteuerzahlerInnen, sprich vor allem aus jenen der ArbeitnehmerInnen? Ich bin daher für alles zu haben, was dazu beiträgt, die Konjunktur zu beleben und Arbeitsplätze zu schaffen. Bei allen staatlichen Garantien und Haftungsübernahmen ist jedoch immer darauf zu achten, welchen Nutzen die ArbeitnehmerInnen daraus ziehen. Denn was wir ganz bestimmt nicht brauchen können, ist die Verstaatlichung der Verluste und des Unternehmer-Risikos auf Kosten der ArbeitnehmerInnen. ♦

GPA-Vorsitzender **Wolfgang Katzian** ist designierter FSG-Vorsitzender und SPÖ-Abgeordneter zum Nationalrat. Seit 2005 ist er im Weltvorstand des Union Network International.

TERMINKALENDER

Bis 11. April

Republik-Ausstellung



Lehmann

Die Ausstellung zeigt die Entwicklung Österreichs von 1918 bis heute.

Im Jahr 2008 feierte die Republik Österreich ihren 90. Geburtstag. Aus diesem Anlass ist im Parlament seit 12. November 2008 eine große Ausstellung zu sehen, die noch bis 11. April 2009 andauert. Unter dem Titel „Republik-Ausstellung 1918/2008“ stehen nicht nur die historischen Wurzeln der Republik im Fokus, auch die weitere Entwicklung Österreichs bis heute – mit allen wesentlichen Kontinuitäten und Brüchen – wird umfassend beleuchtet. Geöffnet ist die Ausstellung von Montag bis Freitag zwischen 9 Uhr und 19 Uhr, sowie an Samstagen zwischen 9 Uhr und 17 Uhr. Mehrmals täglich werden öffentliche Führungen angeboten. Der Ticketpreis beträgt ohne Führung 2 Euro, mit Führung 4 Euro. Kinder und Jugendliche können die Ausstellung kostenlos besuchen. Achtung: An Sitzungstagen des Nationalrats und des Bundesrats, an Feiertagen sowie an Tagen mit großen parlamentarischen Veranstaltungen ist kein Besuch der Ausstellung möglich.

Öffnungszeiten: 9 bis 19 Uhr

Parlament

Dr. Karl Renner Ring 1-3
1010 Wien

Freitag - Samstag, 17.-18. April

Europa wählen 09 – Wahlkampfseminar



Fotolia

Wie motiviere ich Jugendliche zur EU-Wahl zu gehen.

Unter dem Motto: „Neu! Jung! Wahlberechtigt! Herausforderung: Wählen mit 16“ ver-

anstaltet das Renner-Institut ein Wahlkampfseminar. Das Seminar befasst sich mit der Frage, wie Jugendliche und junge Erwachsene im Wahlkampf gezielt angesprochen und eingebunden werden können. Werthaltungen junger Menschen und ihre Erwartungen an die Politik werden ebenso behandelt wie geeignete Techniken des Straßenwahlkampfes. Weitere Themen des Seminars sind professionelle Zielgruppensprache (Weblogs, SMS-Votings etc.), jugendgerechtes Aufbereiten von Wahlkampfthemen und Erarbeitung von lokalen Veranstaltungskonzepten. Zusätzlich werden kreative Wahlkampfaktionen aus erfolgreichen aktuellen Jugendkampagnen vorgestellt.

Kosten: Der Teilnahmebetrag und die Kosten für Übernachtung sowie die gemeinsamen Mahlzeiten werden vom Renner-Institut übernommen.

Anmeldung: Christine Eichinger, Renner-Institut unter Tel.: 01/804 65 01/36 oder per e-mail:

eichinger@renner-institut.at

Renner-Institut

Khleslplatz 12
1120 Wien

Freitag, 24. April

Europa-Diskussion

„Wie sich die aktuelle Finanzkrise auf Staaten auswirken kann, die nicht der Europäischen Union angehören, sieht man am Beispiel von Island. Die Inselrepublik steht vor dem Bankrott. Man kann über die EU schimpfen, soviel man will. Und natürlich gibt es Schwächen. Aber ich möchte mir nicht ausmalen, was in Österreich los wäre, wären wir nicht Teil der EU“, erklärt der Wiener Bürgermeister Michael Häupl.

Zu diesem Thema findet eine Podiumsdiskussion im Palais Ferstl statt. Diskussions Teilnehmer: Bürgermeister Häupl, Vizebürgermeisterin Renate Brauner, Altbundeskanzler Franz Vranitzky, SPÖ EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda und der Journalist Raimund Löw.

Aufgrund der begrenzten Platzanzahl ist eine Anmeldung unter 01/534 27 299 oder per email an **gilda.semo@spw.at** unbedingt erforderlich.

Beginn: 19 Uhr

Palais Ferstl

Strauchgasse 4
1010 Wien

Dienstag, 28. April

Politik und Wirtschaft



Henisch

Altbundeskanzler Franz Vranitzky referiert über das Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft.

Der ehemalige Bundeskanzler der Republik Österreich, Finanzminister und davor Generaldirektor der Creditanstalt, Franz Vranitzky, spricht über die Verantwortung und die Aufgaben der Politik für das Wirtschaftsgeschehen. Die Veranstaltung findet im Kaffeehausmuseum Wien statt.

Nähere Informationen: Edmund Mayr unter Tel.: 0676/4068728 oder unter der email:

info@kaffeehausmuseum.at

Beginn: 19 Uhr

Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum

Vogelsangasse 36
1050 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18
Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz, Martin Oppenauer, Susanne Vockenhuber, Fabian Max Wallner, Sabine Weinberger
Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion:
Emil Goldberg, Coverfoto: SPÖ
Bildbearbeitung: Max Stohanzl,
Sekretariat: Michaela Pavelka,
Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH.,
1014 Wien, Löwelstraße 18
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at
Homepage: www.spoe.at



SPÖ

„Wir zahlen nicht für eure Krise“

Unter diesem Motto zeigten am 28. März zahlreiche Menschen bei einer bunten und friedlichen Demo in Wien, dass ein Umdenken in der Weltwirtschaftsordnung nötig ist. Mit dabei selbstverständlich viele Organisationen aus der sozialdemokratischen Familie.



SPÖ

Prämiertes UnternehmerInnentum in Vorarlberg

Die Präsentation der „Top 100 Unternehmen“ in Vorarlberg eröffnete Bundeskanzler Werner Faymann. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten werden, so Faymann, „Mut und Optimismus“ benötigt, sodass die heimische Wirtschaft stark bleiben und gestärkt aus der Krise hervorgehen kann.

Darabos bei „Fit für Österreich“

Beim „Fit für Österreich“-Forum im Haus des Sports waren sich Sportminister Norbert Darabos und BSO-Präsident Peter Wittmann einig: Mehr Bewegung braucht das Land, um Übergewicht und Bewegungsmangelerkrankungen zu bekämpfen.



ASKÖ